

Der Gewerksverein.

Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.).

Erscheint am
1. und 16. jeden Monats.

Redaktion und Expedition
Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Fernsprecher: Amt Weg. 4720.

Abonnementpreis
pro Vierteljahr Mk. 1.75.

Nr. 21.

Berlin, den 1. November 1921.

53. Jahrgang.

Inhalt.

Oberschlesien zerrissen! — Kartoffelnot. — Betrachtungen über den Achtstundentag (Schluß). — Kritik am Achtstundentag. — Die gewerkschaftlichen Organisationen der Welt. — Soziales. — Arbeiterbewegung. — Aus dem Auslande. — Amtlicher Teil. — Adressenänderungen.

Oberschlesien zerrissen!

Das Unglaubliche ist zur Wirklichkeit geworden: Der Völkerbundsrat hat entschieden, daß Oberschlesien zerrissen und zu einem erheblichen Teile zu Polen geschlagen wird. Und gerade der wirtschaftlich wertvollere Teil soll uns geraubt werden. Den zahlreichen Ungerechtigkeiten, die sich die Entente dem deutschen Volke gegenüber hat zu schulden kommen lassen, wird ein neues Unrecht hinzugefügt, das sich an seinen Urhebern selbst schwer rächen wird. Ein Land, das wirtschaftlich eine Einheit bildet, das durch deutschen Fleiß, deutsche Intelligenz und deutsche Ordnung zu seinem jetzigen Wohlstand gelangt ist, dessen Bevölkerung sich trotz des von polnischer Seite geübten schlimmsten Terrors sich in ihrer überwiegenden Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen hat, wird rücksichtslos zerrissen und zum Teil Polen, das heißt der Mißwirtschaft und dem Verfall ausgeliefert. Blühende Städte mit überwiegend deutscher Bevölkerung und völlig deutschem Charakter sollen der Polonisierung preisgegeben werden.

Der Schrei der Entrüstung und Verzweiflung, der aus den betroffenen Kreisen schallt, findet in unseren Herzen lebhaften Widerhall. Wir fühlen das himmelschreiende Unrecht mit, das unseren ober-schlesischen deutschen Brüdern angetan wird. Wir empfinden aber auch den schweren wirtschaftlichen Schaden, der uns durch den Raub wichtiger Industriegebiete zugefügt wird. Werden uns doch die gesamte Zinkproduktion, der größte Teil der Eisen- und Stahlwerke und über die Hälfte der ober-schlesischen Kohlengruben entzogen. Dabei besteht die Gefahr, daß alle die wertvollen Gruben, die diese Schätze bergen, nach und nach unter polnischer Herrschaft eingehen werden, wenn die deutschen Kräfte, was zu erwarten ist, diese Wirkungsstätte verlassen. Deshalb haben diejenigen, die ihr Wort für die Teilung Oberschlesiens in die Waagschale geworfen haben, sich nicht nur an Deutschland, sondern an der ganzen Welt schwer versündigt.

Was werden die nächsten Folgen dieser neuesten Vergewaltigung sein? Die Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung der von der deutschen

Regierung übernommenen Verpflichtungen ohnehin schon entgegengetürmt haben, werden sich derartig steigern, daß die Unerfüllbarkeit der uns auferlegten Forderungen zur greifbaren Tatsache wird. Die Schuld liegt aber nicht auf unserer Seite, sondern trifft diejenigen, die uns der ober-schlesischen Hilfsmittel beraubt haben, in denen gerade die Quelle lag, aus denen wir die Möglichkeit schöpfen wollten, die schier übermenschlichen Leistungen an die Entente zu vollbringen. Diese Quelle hat man uns jetzt verstopft. Will man uns nun doch für den Schaden verantwortlich machen, der auch den Verüßern des uns zugefügten Unrechts erwachsen muß?

Aber abgesehen davon. Auch das deutsche Wirtschaftsleben selbst muß durch den Raub so wichtiger und wertvoller Industriegebiete auf das schwerste getroffen werden. Was wir sonst aus ober-schlesischen Gruben an Zink- und Bleierzen gewonnen haben, muß aus dem Auslande bezogen und teuer bezahlt werden. Die wirtschaftliche Kraft Deutschlands erfährt eine gewaltige Einbuße, und der Ausfall an Steuern aus einem so reichen Gebiete wird von unheilvollster Bedeutung für die Gestaltung der finanziellen Lage des ganzen Landes werden. In ihrer ganzen Tragweite läßt sich die wirtschaftliche Einbuße noch nicht schätzen, die dem deutschen Volke aus der Zerreißung Oberschlesiens erwächst. Aber das steht fest, daß die Aussichten auf Erfüllung der deutsch-seits übernommenen Verpflichtungen sowohl wie auch auf einen raschen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens durch das neueste Diktat der Entente arg verschlechtert worden sind.

Für die Politik des Reiches ist die Entscheidung über Oberschlesien natürlich auch von ausschlaggebender Bedeutung. Reichskanzler Birt h hat in einem Schreiben an den Reichspräsidenten erklärt, daß „die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schlesische Diktat sich erheblich verengert haben und daß soweit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist.“ Das Kabinett ist infolgedessen zurückgetreten. Die dadurch geschaffene Krise fand nach sehr langwierigen Verhandlungen, die ursprünglich darauf abzielten, eine breitere Regierungsbasis zu schaffen, ihre Lösung dadurch, daß Dr. Birt h die Neubildung des Kabinetts übernahm. Die wesentlichste Änderung erfuhr dasselbe durch das Ausscheiden der Demokraten, die damit auch der bisherigen Koalition den Rücken kehrten. Anstelle von Dr. Schiffer wurde der sozialdemokratische Abg. Professor Kadbruch Reichsjustizminister. Der Posten des Wiederaufbauministers ist im Augenblick, wo dieser Bericht geschrieben wird, noch unbesetzt. Nur Dr. Geßler

Amtlicher Teil.

Sterbetafel.

Im 3. Quartal 1921 sind nachstehende Mitglieder der Begräbniskasse gestorben:

Mitgliedsnummer	Name der Verstorbenen	Name der Verwaltungsstelle		Bezahltes Begräbnisgeld	
				⌘	⌘
600	Mitternacht	Bauhandwerk.	Merseburg	70	—
2553	Brendide	Kaufleute	Berlin	140	—
558	Luidow	Malerei	Stralsund	140	—
2588	Schumann	"	Zeig	70	—
586	Secwald	Porzellanarb.	Königsfeld	140	—
1777	Engelhardt	Lebendarbeiter	Doyerswerda	105	—
5204	Züger	"	Weißenfels	100	—
5805	Mißler	"	Pirnaisens	200	—
5961	Beyer	"	Weißenfels	—	—
2127	Fed	Textilarbeiter	Duisburg	140	—
2253	Schmidt	Töpfer	Rathenow	70	—
				Sa. Mart	1175

Rudolf Klein, Hauptkassierer.

Quittung

Über eingesandte Beiträge für die Monate August und September 1921.

Bauhandwerker: Merseburg Mk. 0,65, Posen 19,50, Posen Nr. 1376 2,34. **Brauer:** Breslau 10,90. **Bildhauer:** Landsberg 18,07. **Fabrik- und Handarbeiter:** Berghofen 6,04, Berlin II 4,94, Rott- haufen 26,00. **Kaufleute:** Berlin Nr. 2836 2,34. **Malerei, Lackierer:** Berlin I 14,85, Chemnitz 8,71, Halle 16,77, Naumburg 6,37. **Metallarbeiter:** Krift Nr. 1605 2,34, Fischer Nr. 2264 0,91, Jordan Nr. 3286 4,68, Rohenau Nr. 1130 2,34. **Porzellan- arbeiter:** Altwasser 3,77, Raghütte 3,12, Neu- haldensleben Nr. 240 3,64, Rosthorst Nr. 1986 4,68, Martin Nr. 435 2,73. **Schneider:** Elberfeld 4,03, Erfurt 15,99, Görlitz 11,15, Königsberg 5,46, Leip- zig 54,04, Merseburg 10,27, Stettin 55,64, Zwick- brücken 5,07, Zerbst 8,06, Radzibor Nr. 2032 0,78. **Lebendarbeiter:** Augsburg 60,06, Baugen 7,54, Bromberg Nr. 2663 2,34, Noffen 1,04, Neuhölln 12,22, Peig 1,95, Stettin 4,68, Ulm 4,94, Bromberg Nr. 2290 2,34. **Textilarbeiter:** Pforse 9,36, Betschau 8,84, Pulsnitz Nr. 5383 3,38, Bietel Nr. 2128 4,15. **Töpfer:** Röhl Nr. 2383 2,34, Wolf Nr. 2871 3,64, Graubenz Nr. 2279 3,90. **Ortsver- bände:** Erlangen 66,30, Magdeburg 5,70. **Summa Mark 540,90.**

Berlin, im Oktober 1921.

Rudolf Klein, Hauptkassierer.

Kassenabschluss der Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine f. d. 3. Vierteljahr 1921.

Einnahme	⌘		Ausgabe	⌘	
	⌘	⌘		⌘	⌘
An Vortrag	29300	95	Per Begräbnisgeld	1175	—
„ Beiträgen	2700	60	„ Entschädigungen:		
„ Zinsen	1087	32	Vertrauensmänner	128	25
			Vorstand und Aufsichtsrat	34	—
			Geschäftsführung	75	—
			Schreibarbeit	120	—
			Drucksachen	57	—
			Depot-Gebühren	71	80
			Porto	88	39
			Zurückgezahlte Beiträge	17	60
			Kassenbestand	31326	83
	33088	87		33088	87

Gesamt-Vermögen	Nennwert		Ankaufswert		Markwert 31. 12. 1920	
	⌘	⌘	⌘	⌘	⌘	⌘
3 1/2 % Deutsche Reichs-Anleihe	63500	—	58978	45	41751	25
5 % Deutsche Reichs-Anleihe	18500	—	18216	90	14837	50
3 1/2 % Berliner Stadt-Anleihe	24400	—	24243	85	20330	—
4 % Berliner Stadt-Anleihe	19500	—	19472	20	17355	—
4 % Charlottenburger Stadt-Anleihe	4000	—	3957	—	3520	—
4 % Meining. Hypotheken-Pfandbriefe	18000	—	17530	50	17560	—
I. Hypothek zu 4 1/4 %	7000	—	7000	—	7000	—
Sparprämien-Anleihe	2000	—	2000	—	2000	—
Kassenbestand	31326	83	31326	83	31326	83
Mitgliederzahl: 2200.	188226	83	182725	73	155170	58

Berlin, den 1. Oktober 1921.

R. Klein, Hauptkassierer.

Berlin, den 7. Oktober 1921.

Geprüft und für richtig befunden.

Der Aufsichtsrat:

W. Koch, A. Krüsch, Herrmann Scharff.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewin, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221-23.
 Druck und Verlag: Goedecke u. Gallinet, Berlin W., Potsdamerstraße 110.

bleibt trotz der Regierungsmüdigkeit der Demokratischen Reichswehrminister. Die sonstigen Änderungen im Kabinett sind unwesentlich. Für den auf einen anderen Posten berufenen Dr. Gradnauer ist Dr. Köster Reichsminister des Innern geworden. Das Amt des Außenministers, das Dr. Rosen aufgegeben hat, ist einstweilen vom Reichskanzler Dr. Wirth mit übernommen worden, der dafür die Wahrnehmung der Geschäfte des Finanzministeriums dem Ernährungsminister Dr. Hermes mit übertragen hat.

In seiner neuen Zusammensetzung hat das Reichskabinett sich bereits dem Reichstage vorgestellt und von ihm ein Vertrauensvotum erhalten. Der Reichskanzler gab in seiner Programmrede erneut den guten Willen kund, den laufenden Verpflichtungen nachzukommen und auch weiterhin den Begnern jeden Vorwand zu nehmen, um die von ihnen geplante Vernichtung Deutschlands durchzuführen. Zusammenfassend erklärte er, die deutsche Regierung erblicke in dem Spruch der Botschafterkonferenz nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Friedensvertrages, dessen klarem Wortlaut die Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung feierliche Vermahnung ein und wendet damit das Mittel an, welches das Völkerrecht als Schutz gegen Vergewaltigung kennt. Lediglich durch die in der Note ausgesprochene Drohung und um die der deutschen Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes sonst bevorstehende Verelendung so weit wie möglich zu vermeiden, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend, die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen, ohne damit ihre Rechtsauffassung preiszugeben.

Dieser Standpunkt wurde vom Reichstag mit 230 gegen 132 Stimmen gebilligt. Es werden also, unter den in der Erklärung gekennzeichneten Vorbehalten, an den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen auch Vertreter des Reiches teilnehmen. Das Schicksal Oberschlesiens wird dadurch nicht geändert werden. Hunderttausende deutscher Brüder werden von uns gerissen und polnischer Herrschaft unterstellt. Sie werden weiter deutsch denken, und wir werden ihnen die Treue bewahren, getragen von der felsenfesten Ueberzeugung, daß, wenn auch jetzt noch brutale Macht das klare Recht zu unterdrücken vermag, doch die Zeit kommen wird, in der Recht doch Recht bleiben und ganz Oberschlesien wieder deutsch sein wird.

Kartoffelnot.

Die Zustände, die sich zur Zeit auf dem Kartoffelmarkte herausgebildet haben, schreien zum Himmel. Preise von 1 Mk. für das Pfund sind keine Seltenheit. In einigen Gebieten werden von den Bauern selbst bereits 100 Mk. für den Zentner gefordert. Wenn man dazu den Händlergewinn und die Frachtkosten schlägt, kann man ermessen, welche Preise von den Verbrauchern gefordert werden. Und die Verbraucher sind doch in ganz überwiegendem Maße gerade die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung. Aber noch bedenklicher muß die Tatsache stimmen, daß an manchen Orten, namentlich in den Großstädten, überhaupt

keine Kartoffeln zu haben sind, auch nicht für noch so viel Geld. Die Folge ist eine starke Beunruhigung der Bevölkerung, die nicht weiß, wie sie ihren Hunger stillen soll. Im Reichstag, in den Landesversammlungen und in den Gemeindevertretungen werden in langen Erörterungen Anträge und Anfragen, die die Kartoffelversorgung zum Gegenstande haben, verhandelt; zahlreiche Eingaben von Organisationen sind an die Reichs- und Staatsregierungen gesandt, von denen Abhilfe gefordert wird. Auch der Gewerkschaftsring hat bereits am 6. Oktober mit nachstehendem Schreiben sich an den Reichsernährungsminister gewandt:

„Aus den Kreisen unserer Mitglieder gehen uns von allen Seiten Klagen über die ungeheuerliche Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkte, besonders über die völlig ungerechtfertigten Kartoffelpreise zu.

Die Preise für Kartoffeln, welche für die arbeitnehmende Bevölkerung ein unentbehrliches tägliches Lebensmittel sind, steigen von Tag zu Tag in geradezu bedrohlicher Weise. In Dortmund sind sie z. B. von einem Tag zum anderen von 58 Mk. auf 68 Mk. gestiegen. Es liegt dies offenbar daran, daß sich die Aufkäufer in den Kartoffelgebieten gegenseitig überbieten, weil die Spritfabriken einen ungeheuerlichen Preis für Kartoffeln in Aussicht stellen. Von verschiedenen Seiten sind wir darauf hingewiesen worden, daß aus diesem Grunde die Großbauern gar kein Interesse hätten, Kartoffeln zum Zwecke der Volksernährung in die Industriegebiete zu liefern. Die schweren Folgen, welche die geschilderten Zustände nach sich ziehen können, liegen auf der Hand. Unverzügliche Schritte seitens der maßgebenden Regierungsstellen sind unbedingt erforderlich. Wir halten uns für verpflichtet, auf den Preiswucher auf dem Lebensmittel-, insbesondere dem Kartoffelmarkte, mit allem Nachdruck hinzuweisen und die Bitte auszusprechen, sofort die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um der arbeitnehmenden Bevölkerung ihre notwendigsten Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zu erhalten.“

Die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkte haben sich seit der Abendung dieses Schreibens leider noch erheblich verschlimmert. Jegliche Maßnahmen, die geeignet wären, wirksam Abhilfe zu schaffen, sind aber nicht getroffen. Der Wucher feiert weiter die wüsten Orgien, das arme Volk muß ihm seinen Tribut zahlen.

Wie liegen denn die Dinge? Wir haben trotz der Trockenheit eine Kartoffelernte zu verzeichnen, die sehr wohl als eine Mittelernte gelten kann. Geringere Erträge in einzelnen Gegenden werden wettgemacht durch Ueberschüsse in anderen. Alles in allem — das wird auch von ernsthaften Landwirten nicht bestritten — ist die Kartoffelernte des letzten Jahres in Deutschland so ausgefallen, daß sie zur Ernährung des ganzen Volkes ausreicht. Das ist der Kern der Sache. Daran läßt sich nicht rütteln. Und doch sind keine Kartoffeln zu haben oder doch nur zu einem Preise, den große Teile der Bevölkerung nicht aufbringen können. Das Uebel liegt demnach an der Verteilung der geernteten Borräte, die nicht in die richtigen Hände gelangen. In den vergangenen Jahren wo ähnliche Erscheinungen, wenn auch nicht in derselben Schärfe, eintraten, schob man die Schuld auf den Frost und andere Witterungsvorgänge. Jetzt haben wir geradezu ideales Wetter für den Trans-

port, jedoch die Kartoffeln bleiben aus. Damit ist es also diemal nichts. Deshalb sind die wirklich Schuldigen aber um eine neue Ausrede nicht verlegen. Nun soll der Verkehrsminister das Karrennickel sein, weil er nicht genug Waggon zum Abtransport der Kartoffeln stellt. Aber auch das wird entschieden bestritten, und die vom Verkehrsministerium mitgeteilten Angaben lassen erkennen, daß wohl dann und wann Waggonmangel geherrscht hat, im allgemeinen aber doch die erforderlichen Transportmittel zur Verfügung gestanden haben und weiterhin stehen werden. Die Ursachen der Not liegen eben anderswo und zwar bei den Erzeugern, die die Schuld mit gewissenlosen, nur auf ihren Profit bedachten Händlern teilen.

Diese Händler haben zunächst einmal Hunderttausende von Zentnern Kartoffeln aufgekauft und nachgemiesenermaßen in das Ausland verschoben. Die deutschen Behörden aber haben nicht die Macht gehabt oder die Mittel gefunden, diesem von Gewinnsucht geleiteten Treiben Einhalt zu gebieten. Auf diese Weise ist ein Teil der Ernte unserem Volke entzogen worden. Ein anderer Teil ist von den Landwirten eingemietet, weil man hofft, ihn später mit größerem Gewinn absetzen zu können. Was dann noch übrig bleibt, wird von Aufkäufern zu erfassen gesucht, die nach dem Preise nichts fragen, weil sie an dem unentbehrlichen Lebensmittel doch genug verdienen. Da kommen zunächst die Abgesandten großer industrieller Unternehmungen, die für ihre Arbeiter und Angestellten Kartoffeln einkaufen, selbst etwas dazu geben und es mit dem Preise nicht so genau nehmen. Als Konkurrenten dieser erscheinen ferner die Großhändler, die an jedem Zentner ihren Gewinn haben und deshalb möglichst große Posten kaufen. Ihre Ware bleibt ja bei der starken Nachfrage nicht liegen. Beide Kategorien überbieten sich dem Landwirt gegenüber, und dieser verkauft natürlich schmunzelnd an denjenigen, der ihm den höchsten Preis zahlt. Dabei kann er sich dann noch darauf berufen, daß er nicht schuld an den hohen Preisen sei, sondern der Händler, der so viel biete. Man könne es ihm doch nicht verdenken, daß er sein Produkt demjenigen verkaufe, der die höchste Summe dafür bezahle. Die Sache hat nur den Haken, daß der Bauer auf den Händler wartet und weder an Behörden, noch an andere Abnehmer verkauft, weil er weiß, daß diese so hohe Angebote wie die Aufkäufer nicht machen. So schieben sich Bauer und Großhändler gegenseitig die Schuld zu, in Wirklichkeit trifft sie beide.

Diesem Unwesen muß seitens der Behörden ein Ziel gesetzt werden. Wie? Das ist ihre Sache. Es wäre jedenfalls tief beschämend, wenn sie keine Mittel an der Hand hätten, dieser schmähtlichen Bemüherung des Volkes Einhalt zu tun. Verschlebung von Kartoffeln ins Ausland, Kettenhandel usw. müssen unmöglich gemacht werden. Die Frachten für Kartoffeln sind möglichst niedrig zu halten. Auf den Bahnstationen ist sorgfältige Kontrolle bei dem Versand von Kartoffeln zu üben, ob die Händler die gesetzliche Erlaubnis zum Handel haben. Vor allem aber ist dafür zu sorgen, daß die Bemühungen der Gemeinden, sich für ihre Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen, nicht länger durch profitgierige Händler und Bauern durchkreuzt und lahmgelegt werden. Die wünschenswerte Annäherung von Erzeuger-Organisationen an die Verbraucher-Organisationen ist in dieser Notlage nicht mehr ausreißend. Sie muß für die Zukunft gefördert werden. Jetzt haben

die Behörden die Pflicht, sofort energische Schritte zu tun. Es könnten sich sonst Dinge ereignen, die jeder, der es wohl meint mit unserm schwer geprüften Volke, unbedingt vermieden wissen will.

Betrachtungen über den Achtstundentag.

Von Gust. Hartmann.

(Schluß.)

Mit der Einführung des Achtstundentages kam auch die Frage erneut ins Rollen, ob eine durchgehende oder eine geteilte Arbeitszeit für die Arbeiter besser sei. Da ergibt sich nun, daß in größeren Städten die durchgehende Arbeitszeit mit einer kurzen Mittagspause vorherrschend ist. Von Arbeitgeberseite wird hiergegen geltend gemacht, daß bei einer so kurzen Arbeitsunterbrechung die Arbeitskraft und Arbeitsleistung in den letzten Stunden des Tages außerordentlich nachlasse. Man behauptet, daß die Ermüdung größer sei und schneller vor sich gehe als bei einer längeren Pause. Den Arbeitern dagegen liegt sehr viel daran, die durchgehende Arbeitszeit mit kurzer Pause zu benutzen, weil sie in größeren Städten und Industriegebieten ihr Mittagessen wegen der weiten Entfernung ihrer Wohnung von der Arbeitsstelle doch nicht zu Hause im Kreise ihrer Familien einnehmen können. Die oft weiten Wege hin und zurück lassen auch durchaus kein Ausrufen während der Mittagspause zu, sondern sie erfordern eher noch größere Anstrengungen, die eine vorzeitige Ermüdung in der Arbeitsleistung nicht verhindern. Nur bei denen, die nahe an ihrer Arbeitsstätte wohnen, ist ein Ausrufen möglich. In dieser Lage sind aber wohl die wenigsten und deshalb wird die durchgehende Arbeitszeit mit kurzer Mittagspause vorgezogen. In kleinen Orten dagegen, wo nur geringe Entfernungen zurückzulegen sind, hat man eine längere Mittagspause eingelegt. Das ist jedoch auch nicht einheitlich, denn aus dem O p p e l n e r Regierungsbezirk wird berichtet, daß auf Wunsch der Arbeiter wieder eine längere Mittagspause eingeführt worden sei, und hier haben wir doch auch das große, weit ausgedehnte ober-schlesische Industriegebiet. In den in der Nähe von Hamburg gelegenen Wilhelmsburger Betrieben besteht eine 1 1/2 stündige Mittagspause. Es ist somit eine allgemein gültige Lösung der Frage, ob die Arbeitszeit durch eine kürzere oder längere Mittagspause zu unterbrechen ist, noch nicht gefunden worden und sie wird auch kaum einheitlich zu finden sein, weil die Verhältnisse überall anders liegen und Vereinbarungen von Fall zu Fall einer schematischen Lösung vorzuziehen sind. An eine wirklich dem Wortlaut entsprechende durchgehende Arbeitszeit mit keiner Pause denkt natürlich kein Mensch, es kann nur auf eine kürzere oder längere Unterbrechung ankommen, und das wird man wohl am besten der tariflichen Regelung überlassen müssen. In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß des Sonnabends fast überall ein früherer Arbeitsluß erfolgt als an den anderen Werktagen. Stellenweise wird Sonnabends schon zu Mittag Feierabend gemacht und die Reststunden auf die Arbeitszeit der übrigen Wochentage verteilt.

Wichtig ist auch die Beurteilung der Frage, ob die Leistungsfähigkeit der Arbeiter durch den Achtstundentag eine Erhöhung erfahren hat oder nicht. Darüber sagt der Bericht des Ge-

schehen. Und wenn der Achtstundentag richtig ausgenützt, wenn in dieser Zeit wirklich gearbeitet wird, genügt er vollständig, um die Warenherstellung entsprechend auszugestalten. Schablonenhafte Einpressungen sind allerdings zu vermeiden. Wenn schon vor dem Kriege in den Zeißwerken in Jena, in den Siemenswerken in Berlin und auch anderswo der Achtstundentag ohne Nachteil eingeführt war und sich bewährt hat, dann kann seine Aufrechterhaltung als allgemeine Grundlage heute nicht mehr beseitigt werden. Dafür liegt auch solange kein Grund vor, wie noch Hunderttausende nach Arbeit lechzen, ohne sie erhalten zu können.

Kritik am Achtstundentag.

Nicht überall findet der Achtstundentag so objektive Beurteiler wie bei den Gewerbeaufsichtsbeamten. Das zeigt eine Zusammenstellung über die angebliche Wirkung des Achtstundentages, die in der „Köln. Ztg.“ vom 9. Oktober d. J. zu lesen ist. Da heißt es:

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind vor kurzem in 436 Betrieben eingehende Untersuchungen über die Wirkungen des Achtstundentags angestellt worden. Bei der überwiegenden Mehrzahl aller Betriebe, nämlich bei fast 88 v. H., ist die Produktion zurückgegangen; bei 8 v. H. der Betriebe blieb sie gleich, bei 4 v. H. erhöhte sie sich. Bei 40 v. H. der Betriebe, die einen Produktionsrückgang aufwiesen, entsprach dieser dem Grad der Arbeitszeitverkürzung, bei den übrigen 60 v. H. war die Leistungsminderung zum überwiegenden Teile kleiner als im Verhältnis zum Stundenverlust. In den seltenen Fällen, in denen die Produktion gleichzeitig mit der Arbeitszeitverkürzung stieg, war der Erfolg in der Regel auf die Einführung neuer Arbeitsmethoden und die zurückzuführen. In den Industrien, in denen das Arbeitsprodukt so gut wie ausschließlich durch das Tempo der Maschinen bestimmt wird, konnte die Arbeitszeitverkürzung fast nirgends ausgeglichen werden.

In Frankreich ist infolge der Verkürzung der Arbeitszeit die arbeitstägliche Leistung der Bergarbeiter von 721 Einheiten im Jahre 1912 auf 448 im Jahre 1920 zurückgegangen. Die Abnahme der Leistungen in den französischen Eisenbahnwerkstätten wird auf 25 bis 30 v. H. beziffert.

In England wird der Ausfall der Förderung infolge der Verkürzung der Arbeitszeit auf rund 45 Millionen Tonnen jährlich geschätzt. Da auch in anderen Gewerben eine ähnliche Verringerung der Leistung und in Verbindung damit überall eine Verteuerung der Produktion festzustellen war, erklärte kürzlich der englische Arbeitsminister im Unterhaus, daß der Achtstundentag für England nicht taugt.

In den Niederlanden hat die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 50 auf 45 Stunden eine Verringerung der Produktion um mindestens 15 v. H. zur Folge gehabt. Die Hoffnung, daß die verkürzte Arbeitszeit zu einer Erhöhung oder doch wenigstens zu einem Gleichbleiben der Leistung führen würde, ist nicht erfüllt worden.

In Schweden hat die durch das Achtstundengesetz eingeführte Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft nicht geführt. Eine

Vermehrung der Produktion war nur in den Betrieben zu verzeichnen, in denen die Zahl der Belegschaft erheblich erhöht wurde. In Verbindung mit dem recht beträchtlichen Rückgang der Erzeugung stand eine allgemeine Steigerung der Produktionskosten.

In Norwegen haben genaue Berechnungen über die Folgen der Einführung des Achtstundentages in der Seeschifffahrt zu dem Ergebnis geführt, daß die Kosten den Wert der norwegischen Handelsflotte vor dem Kriege um ungefähr 15 v. H. übersteigen würden.

Bei den preussischen Staatseisenbahnen entfielen im Oktober 1913 auf einen Kopf Zugbegleitpersonal 33 280 Kilometer, Ende 1920 dagegen nur 17 143. Dagegen stieg die Kopfzahl von 64 590 auf 85 575. Im Bergbau des Ruhrreviers wurden im Juli 1913 arbeitstäglich 376 000 Tonnen gefördert, im Juli 1920 dagegen nur 299 000 Tonnen, obwohl in derselben Zeit die Belegschaft sehr erheblich vermehrt wurde. Allerdings hat hier die Zahl der produktiv tätigen Bergleute (Hauer und Lehrhauer) im Vergleich zu der Zahl der Gesamtbelegschaft eine wesentliche Verminderung erfahren, und zwar (nach Angaben des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter) von 50,8 auf 42,6 v. H. Die Produktionsverteuerung scheint also hier auf die verhältnismäßig zu starke Zahl der Uebertag-arbeiter zurückzuführen zu sein.

Der „Regulator“, durch den wir auf diese Aufstellung aufmerksam gemacht werden, weist mit Recht darauf hin, daß sie offenbar aus dem Unternehmerlager stammt, hebt aber gleichzeitig die beachtenswerte Tatsache hervor, daß hier eine Senkung der Leistung in allen wichtigen Industriestaaten zugegeben wird. Bisher hieß es immer, nur in Deutschland habe Revolution und Achtstundentag die Leistung herabgedrückt. Es ist ein erheblicher Fortschritt, wenn endlich zugegeben wird, daß eine Senkung der Leistung auch in den Ländern stattgefunden hat, die keine Revolution gehabt, ja die noch nicht einmal am Kriege beteiligt waren (Schweden, Norwegen, Niederlande).

Ist nun wirklich der Achtstundentag allein an dieser verminderten Leistung schuld? Diese Frage beantwortet der „Regulator“ mit einem glatten Nein! Wenn man ähnliche Statistiken aufstellen wollte, in Japan oder irgendwo, wo es keinen Achtstundentag gibt, so würde sich zeigen, daß auch dort die Leistung erheblich gesunken ist. Woher? Weshalb? Der Krieg an sich hat auf der ganzen Erde die Arbeitsleistung beeinträchtigt. Und zwar einmal durch Störung der Arbeitsorganisation, zweitens durch Ueberanstrengung während des Krieges, drittens durch Beeinträchtigung des Ernährungsstandes der Arbeitenden, viertens aber durch Verminderung des Arbeits- und Ordnungswillens. Ueber jeden dieser vier Punkte ließe sich ein besonderer Aufsatz schreiben. Die hohe Leistungsfähigkeit der Vorkriegszeit beruhte auf dem Zusammenwirken einer höchst entwickelten, eingelaufenen Arbeitsorganisation mit einem hochentwickelten Arbeitswillen. Beides können wir erst nach Jahren der Gewohnheit wieder gewinnen.

Zu diesen vier Momenten tritt nun als fünftes der Achtstundentag. Auch er hat ungewisselhaft bisher vielfach die Arbeitsleistung beeinträchtigt, insofern in acht Stunden nicht die Leistung

werbeaufsichtsbeamten für Frankfurt a. O. folgendes: „Die Leistungen der Arbeiter haben nach dem übereinstimmenden Urteil zahlreicher Arbeitgeber unter der Wirkung der ausreichenderen Verpflegung und nicht zuletzt unter dem Ansporn des vielfach wieder eingeführten Stücklohnsystems eine erfreuliche Steigerung erfahren. Dennoch kann aber, abgesehen von vereinzelt Ausnahmen in besonders gearteten Fällen, nicht die Rede davon sein, daß der Ausfall der Arbeitsleistung durch Verkürzung der Arbeitszeit auch nur annähernd durch eine größere Arbeitsintensität ausgeglichen wurde.“ Das heißt also, die Arbeitsleistung ist erfreulich gestiegen, aber sie hat den Ausgleich in der Leistung, gemessen an der früheren Arbeitszeit von 9 bis 10 Stunden und der jetzigen von 8 Stunden durch größere Arbeitsintensität nicht gebracht. Das ist durchaus verständlich, denn so liegen unsere Verhältnisse leider noch nicht, daß die Arbeitsleistung in ruhiger Form gesteigert werden könnte. Innere und äußere politische Wirren üben auch in dieser Richtung auf die Psyche der Arbeiter ihre Wirkung aus und hemmen die Entwicklung zu größerer Intensität. Dabei muß aber auch gefragt werden, ob denn auch an den Werkzeugmaschinen und deren Konstruktion Verbesserungen vorgenommen worden sind, die einen schnelleren Gang und rationellere Arbeit ermöglichen. Das ist bei der Beurteilung der Frage, ob eine Leistungssteigerung der Arbeiter eingetreten ist, von wesentlicher Bedeutung. Ohne derartige Verbesserungen kann auch die menschliche Arbeitskraft keine höheren Leistungen erzielen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Breslau erklärt, es sei allgemein anerkannt, daß Arbeitslust und Arbeitswille gestiegen sind, außer bei jüngeren Arbeitern, wogegen für den Regierungsbezirk O p p e l n das Gegenteil behauptet und gesagt wird, daß sich die Hoffnung auf höhere Leistungen nicht erfüllt habe und ein Mangel an Disziplin und Arbeitslust vorhanden sei. Auch das ist mit Rücksicht auf die verzweifelten Zustände in Oberschlesien für diesen Bezirk nicht verwunderlich. Dort wo die Unruhen eine ständige Erscheinung zu werden drohen, kann von einer gesunden Entwicklung des Wirtschaftslebens wohl noch nicht die Rede sein. Andererseits berichten die Gewerbeaufsichtsbeamten für die Regierungsbezirke Lüneburg und Münster, daß die Leistungen infolge des Akkord- und Prämiensystems gestiegen seien, wenn sie auch immer noch nicht unter der Arbeitszeitverkürzung den Stand der Vorkriegszeit erreicht hätten. Aus dem Regierungsbezirk Münster wird jedoch auch darauf hingewiesen, daß in einer Sandsteinfabrik und in einer Eisengießerei die Arbeiterschaft in 8 Stunden die gleiche Arbeit leiste wie früher in 10 Stunden. Auch der Bericht aus Coblenz spricht davon, daß sich Arbeitsfreudigkeit, Pflichtgefühl und Körperkräfte der Arbeiter gehoben hätten, während der Bericht über den Regierungsbezirk Aachen eine erhöhte Arbeitsleistung verneint. Es ist somit aus diesen Berichten ein klares Bild über die Wirkung des Achtstundentages in der Richtung einer gesteigerten Leistungsfähigkeit der Arbeiter noch nicht erkennbar. Abgesehen von der Tatsache, daß an vielen Plätzen und in vielen Betrieben Kurzarbeit besteht, ist die unterschiedliche Beurteilung wohl auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, einmal auf die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in den verschiedenen Landesteilen bezüglich der politischen Einflüsse, dann aber auch

auf die Tatsache, daß sich eine ganze Reihe von Arbeitgebern mit dem Achtstundentag absolut nicht befreunden kann und daß diese Arbeitgeber kein gutes Haar an dieser Neueinrichtung lassen. Urteile von Arbeitnehmern hierüber sind in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten leider nicht bekannt gegeben. Das fällt auf und muß nachgeholt werden, wenn der Vorwurf der Einseitigkeit in der Berichterstattung vermieden werden soll.

Ein recht trübes Kapitel ist die Tatsache, daß von vielen Arbeitern nach Beendigung der Achtstundenschicht noch Lohnarbeiten anderer Art ausgeführt werden. Darüber klagen sowohl Arbeiterorganisationen wie auch Arbeitgeber. Insbesondere aus dem Baugewerbe, der Möbel- und der Bekleidungsindustrie werden solche Klagen laut. Es ist zur Ausmerzung dieses Übels in zahlreichen Tarifverträgen die Bestimmung festgelegt worden, daß Arbeiter, die sich derartige Ueberschreitungen zuschulden kommen lassen, ihre Entlassung aus ihrer bisherigen Arbeitsstelle zu gewärtigen haben. Auch Betriebsräte drängen auf Entlassung solcher Arbeiter. Recht kraß wird dieser Mißstand von dem Gewerbeaufsichtsbeamten des Regierungsbezirks O p p e l n geschildert, der sagt, daß Zinkhüttenarbeiter nach ihrer Schicht hier und da noch ein Fuhrgeschäft betreiben oder sich an einem solchen beteiligen und daß sie Arbeiten als Klempner, Dachdecker, Maurer usw. annehmen und dadurch die Erwerbsmöglichkeit anderer einschränken und verschlechtern. Aber noch toller müssen die Dinge im Regierungsbezirk Münster liegen. Von dort wird berichtet, daß ein Bergmann eine Kundenmühle betreibt, die er wegen guten Geschäftsganges demnächst zu vergrößern gedenkt und daß ein Arbeiter eines Stanzwerkes in seiner Wohnung einen Aetzbleiapparat aufgestellt hat und damit nach Feierabend Schweißarbeiten für eine Konkurrenzfirma seines Arbeitgebers ausführt. Derartigen unermüdlichen und unerfättlichen Arbeitern muß mit Entschiedenheit auf die Finger geklopft werden, wenn nicht der Achtstundentag völlig in Mißkredit geraten soll. Wenn auch zugestanden werden muß, daß die Teuerung die Arbeiterschaft recht hart belastet und die Verlockung nach Erhöhung des Einkommens recht groß ist, so darf die Ausartung der Arbeitsleistung nicht dazu führen, anderen Leuten die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu nehmen. Das geschieht aber durch Nebenarbeiten gegen Entlohnung über den Achtstundentag hinaus. Damit wird es den Erwerbslosen noch mehr erschwert, eine Arbeitsstelle zu finden, und der Zweck des Achtstundentages wird umgangen. Wenn auch zeitweilig eine solche Nebenarbeit über eine Notlage hinweghelfen mag, so führt sie auf die Dauer nicht zur Emporhebung der großen Masse, sondern zu ihrer Niedrighaltung und zur Unmoral. Es ist kein Zeichen von Gemeinnutz und Gemeinschaftsgeist, anderen, die Erwerb suchen, diesen Erwerb wegzunehmen, wenn man selbst die achtstündige Arbeitszeit voll ausnützen kann. Das was jetzt erreicht ist, kommt in Gefahr zerschlagen zu werden, und die Arbeiter selbst haben es in der Hand, aufzupassen, daß der Achtstundentag erhalten bleibt, um auch den Hunderttausenden von Arbeitslosen, die gern arbeiten wollen, aber keine Arbeit erhalten können, die Möglichkeit zum Leben zu sichern. Bei der allgemeinen Unruhe, die heut alle Volksschichten durchzieht, ist es leider eine recht schwere und auch undankbare Aufgabe, an den Gemeinschaftsinn zu appellieren, und doch muß das ge-

der früheren zehn Stunden erreicht wird. Bei mancher Arbeitstätigkeit ist das nicht möglich, z. B. im Verkehrsweisen. Bei vielen Arbeiten, ja bei den meisten, da wäre es möglich, wenn durch Einführung besserer Arbeitsmethoden die Voraussetzungen geschaffen würden. Das deutet auch schon der amerikanische Bericht an. Ein Achtstundentag, der nicht eine rationellere Arbeitsmethode zur Grundlage hat, kann selten die Leistung des Zehnstundentages hervorbringen. Es ist die Schuld der deutschen Unternehmerschaft, daß sie diese elementare Erkenntnis noch nicht genügend erfaßt hat. Es ist Mitschuld vieler Betriebsräte, daß wir in diesem Punkt nicht schnell genug weiter kommen.

Ein besonderer Fehler steckt noch in der Aufstellung über das Zugbegleitpersonal auf den Staatsbahnen. Wenn Ende 1920 auf den Kopf des Zugbegleitpersonals etwa nur die Hälfte der Kilometerzahl fällt als 1913, so hat das einestils seinen Grund in der Verminderung des Verkehrs. Die Verkehrsmaschinerie ist größer als dem Verkehr, dem Verkehr entsprechend wäre. Der Verkehr ist eingeschrumpft, die Zahl der Angestellten aber umgekehrt sogar gewachsen. Das letztere liegt auch mit am Achtstundentag. Das erstere ist ganz allein Kriegsfolge, d. h. Folge der Verarmung des Volkes.

Im übrigen lassen die „Betrachtungen über den Achtstundentag“ vom Kollegen Hartmann am deutlichsten erkennen, wie einseitig die obige Aufstellung ist. Zur Beurteilung der ganzen Frage glauben wir sie aber unseren Lesern nicht vorenthalten zu sollen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der Welt.

Die August-Nummer der „Internationalen Arbeitsrundschau“, der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamts, enthält bemerkenswerte Zahlen, welche die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation seit 1913 erkennen lassen. Die erwähnte Statistik beruht auf Nachweisungen, welche die Berufsorganisationen den Regierungen ihrer Länder machten, oder die in gewerkschaftlichen oder anderen Blättern veröffentlicht wurden, so daß sie durchaus vollständig und verlässlich sind. Jedoch ist darauf hinzuweisen, daß die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben von Land zu Land verschieden ist, weshalb in einigen Fällen Schätzungen der Mitgliederzahlen genügen mußten. Alle derartigen Schätzungen sind in der folgenden Tabelle besonders bezeichnet, welche die gesamte Mitgliederzahl der organisierten Arbeiter in 30 Ländern für die Jahre 1913, 1919 und 1920 angibt.

	1913	1919	1920
Argentinien	— ¹⁾	476 000	750 000
Australien	498 000	628 000	684 000
Belgien	200 000	715 000 ²⁾	920 000
Bulgarien	30 000	36 000	36 000 ²⁾
Dänemark	152 000	360 000	400 000
Deutschland	4 518 000	11 900 000	13 000 000
Finnland	28 000	41 000	59 000
Frankreich	1 027 000	2 500 000	2 500 000 ²⁾
Griechenland	— ¹⁾	170 000	170 000 ²⁾
Indien	—	500 000 ²⁾	500 000
Italien	972 000	1 800 000	3 100 000
Japan	—	247 000	247 000 ²⁾

	1913	1919	1920
Kanada	176 000	378 000	374 000
Niederlande	189 000	457 000	683 000 ²⁾
Neuseeland	72 000	83 000	83 000 ²⁾
Norwegen	64 000	144 000	142 000
Oesterreich	260 000	803 000	830 000
Polen	— ¹⁾	350 000 ²⁾	947 000 ²⁾
Portugal	— ¹⁾	100 000	100 000 ²⁾
Rumänien (alt. Geb.)	10 000	75 000	90 000
Rußland	—	3 639 000	5 220 000
Serbien	9 000	20 000	20 000 ²⁾
Südafrika	5 000	60 000	60 000 ²⁾
Spanien	— ¹⁾	876 000	876 000
Schweden	136 000	338 000	400 000 ²⁾
Schweiz	95 000 ²⁾	200 000 ²⁾	292 000
Tschechoslowakei	— ¹⁾	1 301 000	2 000 000 ²⁾
Ungarn	115 000 ²⁾	212 000	343 000 ²⁾
Ver. Königreich			
Großbrit. Irland	4 178 000	8 024 000	8 024 000 ²⁾
Vereinigte Staaten von Amerika	2 722 000	5 607 000	5 179 000
Zuf. (20 Länder)	16 152 000	42 040 000	48 029 000

¹⁾ Angaben nicht vorhanden. ²⁾ Schätzung.
³⁾ Zahlen für 1919.

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1919 von den insgesamt 42 040 000 Mitgliedern 34 061 000 oder 80 Prozent auf europäische Länder entfallen. Von den 7 979 000 außereuropäischen Mitgliedern trafen 5 985 000 auf Nordamerika. Man kann auch eine stark ausgeprägte Häufung der Gewerkschaftsmitglieder in gewissen Ländern beobachten; sechs Länder, nämlich Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, Frankreich und Italien zählten im Jahre 1919 insgesamt nicht weniger als 33 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, während es in den andern 24 Ländern deren nur 8 1/2 Millionen gab. Die vier großen Industrieländer, Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Frankreich weisen zusammen 28 Millionen Mitglieder auf, das sind 66 Prozent der im Jahre 1919 gezählten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder der Welt.

Der Artikel in der erwähnten Zeitschrift gibt auch einen Ueberblick der Entwicklung der Mitgliederzahlen der Organisationen in den einzelnen in der Tabelle genannten Ländern; und in den meisten Fällen werden überdies die verschiedenen Organisationsformen der Gewerkschaften beschrieben.

Soziales.

Ein weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit ist nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums für den Monat September zu verzeichnen. Die Zahl der unterstützten männlichen Vollerwerbslosen ist von 177 000 auf 146 000, die der weiblichen von 56 000 auf 43 000, die Gesamtzahl also von 233 000 auf 189 000, also um 44 000 gesunken. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen ist gleichzeitig von 255 000 auf 211 000 zurückgegangen. Wie stets sind die nicht unterstützten Erwerbslosen und auch die Kurzarbeiter in obigen Zahlen nicht enthalten. Trotzdem muß festgestellt werden, daß der Rückgang der Erwerbslosigkeit ganz beträchtlich ist. Wenn auch das Wetter die Tätigkeit in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosen für-

forge begünstigte und dadurch einen stärkeren Beschäftigungsgrad herbeiführte, so wurde noch stärker die Lage des Arbeitsmarktes durch den unerhörten Niedergang der Markwährung beeinflusst, der wieder die bekannten Folgeerscheinungen: Angstkäufe der einheimischen Bevölkerung und starke Belebung des Auslandsgeschäftes zeitigte. Diese Entwicklung muß als durchaus ungesund bezeichnet werden. Erfahrungsgemäß erlahmt die Kaufkraft im Innern bei sinkender Valuta sehr bald, während im Auslande die Gefahr einer Ueberfäufung des Marktes mit deutschen Waren in die Nähe rückt. Erhebliche Gefahren drohen der künftigen Beschäftigung unserer Industrie. Auch im Hinblick auf die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe infolge des Rückganges der Reichswährung. Es ist daher leider zu befürchten, daß die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes schon in Bälde wieder eine ausgesprochen ungünstige werden wird, zumal die Ferreise Oberpfaltens und der damit verbundene Verlust wichtiger Hilfsquellen geeignet ist, die deutsche Wirtschaft aufs Schwerste zu beeinträchtigen.

Die Teuerung. Es gibt Kreise, welche die sprunghafte Steigerung der Preise nicht merken, weil sie Geld genug zur Verfügung haben, und die deshalb die Forderungen der Arbeitnehmer auf Erhöhung ihrer Bezüge nicht verstehen und bekämpfen. Diesen Herrschaften seien folgende Mitteilungen des Statistischen Reichsamts ins Stammbuch geschrieben:

Die Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung hat im September, wenn auch in geringerem Maße als in den Vormonaten, weiter zugenommen. Die Reichsindexziffer, die auf Grund der Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete berechnet wird, ist von 1045 auf 1062, demnach um 17 Punkte oder 1,6 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Stande im Januar dieses Jahres (944) beträgt die Steigerung der in die Erhebung einbezogenen Ausgaben 12,5 Prozent, gegenüber September 1920 36,3 Prozent.

Auch im Berichtsmonat ist die Steigerung hauptsächlich durch Preiserhöhungen für Lebensmittel veranlaßt worden. Zwar haben sich Kartoffeln und Gemüse in fast allen Erhebungsgemeinden nicht unbeträchtlich im Preise ermäßigt. Andererseits kommt aber in der Septemberzahl die im August eingetretene Brotpreiserhöhung voll zum Ausdruck. Außerdem wurden fast überall teilweise erhebliche Preissteigerungen für Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte, Schweinefleisch, Speck, Eier, Milch und Fische festgestellt, während die Preisentwicklung für Rindfleisch auch im Berichtsmonat uneinheitlich war. Die Indexzahl für die Ernährungsausgaben allein gerechnet ist daher von 1300 im August um 1,4 Prozent auf 1418 gestiegen. Gegenüber Januar dieses Jahres beträgt die Steigerung der Ernährungskosten 12,1 Prozent. — Auch die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung sind im Durchschnitt des Reiches erneut gestiegen.

Die Entwicklung war im Berichtsmonat innerhalb des Reiches nicht völlig ausgeglichen. In einer Reihe von Gemeinden war die Preisermäßigung für Kartoffeln und Gemüse so be-

deutend, daß trotz der Erhöhung der Preise für sonstige Lebensmittel eine Verminderung der Gesamtkosten eintrat.

Die Preisermäßigung für Kartoffeln und Gemüse ist inzwischen längst wieder verschwunden; gleichzeitig aber sind auch die Preise für alles übrige rapide weiter gestiegen. Die Teuerung hat sich also noch erheblich verschärft.

Bewegung der Nahrungsmittelpreise. In den meisten Ländern Europas sowie in den selbstverwaltenden britischen Kolonien herrscht nach den Pressemitteilungen des Internationalen Arbeitsamts ein Sinken der Nahrungsmittelpreise. Gegenüber dem Monat Juli 1914 stellte sich die Steigerung der Gesamtkosten für die gleichen Mengen Nahrungsmittel, in Prozenten ausgedrückt, wie folgt: In Großbritannien und Irland im Juli 1920: 158, September 1921: 125; in Belgien im Juli 1920: 359, im Juli 1921: 310; in Dänemark in den gleichen Monaten 153 und 136; in Paris im Juli 1920: 273, im August 1921: 217; in anderen französischen Städten im dritten Quartal 1920: 288, im zweiten Quartal 1921: 263; in Amsterdam im Juli 1920: 117, im August 1921: 84; in Norwegen im Juli 1920: 219, im August 1921: 197; in Schweden im Juli 1920: 197, im Juli 1921: 132. In den Vereinigten Staaten von Amerika waren die errechneten durchschnittlichen Nahrungsmittelpreise im Juli 1920 um 115 Prozent, im August 1921 aber nur noch um 52 Prozent höher als Mitte 1914. Ungefähr ebenso bedeutend war der Preisrückgang in Kanada (1920: 127 Proz., 1921: 54 Proz über dem Stand von 1914). Die Ziffern für die Union von Südafrika sind 97 und 89, für Australien 94 und 61, für Neuseeland 67 und 63. Von den Ländern Europas weisen noch Deutschland, Italien und Finnland steigende Nahrungsmittelpreise auf.

Ausschaltung verteuernder Zwischenglieder. In der kürzlich im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung wurde wieder die Möglichkeit einer engeren geschäftlichen Verbindung zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen auf Grundlage der freien Wirtschaft besprochen. Dieser Weg ist bereits mit Erfolg von den großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften beschritten worden. Um praktische Erfolge zu erzielen, müsse — so wurde ausgeführt — die Frage der Abkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Hauptsache innerhalb der einzelnen Bezirke, Provinzen und Landesteile gelöst werden. Hierzu hätten sich die dort bestehenden Verbrauchervereinigungen aller Art mit den Erzeugerorganisationen in Verbindung zu setzen, um eine möglichst rasche Geschäftsabwicklung, insbesondere beim Verkehr mit leicht verderblichen Waren, zu ermöglichen. Um die unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbrauchervereinigungen zu fördern, wollen die Vertreter der Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsumgenossenschaften erneut in diesem Sinn auf ihre Unterorganisationen einwirken, damit allseitig der so wichtigen Frage volle Beachtung geschenkt und in der Praxis auch dementsprechend gehandelt werde.

Arbeiterbewegung.

Das Vech des gelben Bäckergesellenbundes. Nachdem am 30. Juli d. J. die Zentralarbeitsgemeinschaft die Aufnahme des Bundes der Bäckergesellen in die Gruppe Bäckerei und Konditorei der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie abgelehnt hat, wurde ein neuer Antrag gestellt, der dahin ging, dem Bunde die Anerkennung der Tariffähigkeit zu verschaffen. Auch das schlug fehl, denn der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat am 22. September entschieden:

„Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beantwortet das Schreiben des Reichsarbeitsministers dahingehend, daß er den Bund der Bäckers- (Konditoren-) Gesellen Deutschlands als eine tariffähige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer des Bäckergewerbes nicht anerkennen kann, da der Bund sowohl nach seiner Entstehung als auch nach seinem Verhalten sich als eine von den Arbeitgebern abhängige Organisation erweist und auch der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nach seinem Beschluß vom 30. Juli 1921 diesen Bund als eine wirtschaftsfriedliche (gelbe) Organisation bewertet, die nach Ziffer 3 der Vereinbarung vom 15. November 1918 weder einer Spitzenorganisation der Gewerkschaften noch einer Reichsarbeitsgemeinschaft angehören kann.“

Hoffentlich gibt sich nach dieser doppelten amtlichen Attestierung seiner Minderwertigkeit der gelbe Bund nun zufrieden!

Aus dem Auslande.

Gewinnbeteiligung. Das Organ des Englischen Arbeitsministeriums macht in der Septembernummer Mitteilung über die bisherige Ausdehnung der Gewinnbeteiligung. Im Jahre 1919 wurde sie in 49 Fällen eingeführt und 1920 in 40 Fällen. Eine solche Zahl ist in früheren Jahren nie erreicht worden, doch hat diese Zunahme seitdem nachgelassen. Wohl infolge der Krise wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres nur 3 Fälle gemeldet.

Ende Juni 1921 bestand die Gewinnbeteiligung der Arbeiter bei 205 Firmen mit 300 195 Festbeschäftigten, darunter 33 Gasgesellschaften mit 27 089 Beschäftigten; 29 Betriebe mit 84 832 Beschäftigten gehören zur Maschinen-Schiffbau- und Metallindustrie, 29 Betriebe mit 28 142 Beschäftigten sind Handelshäuser und 25 Firmen mit 47 236 Beschäftigten gehören zur Textilindustrie, während sich die anderen auf die verschiedensten Gewerbezweige verteilen. Allerdings ist hinzuzufügen, daß in manchen Fällen nur bestimmte Gruppen von Angestellten unter die Gewinnbeteiligung fallen, z. B. solche, die besondere Ersparnisse dafür abführen oder Anteilscheine übernehmen, so daß die angegebenen Zahlen der Beschäftigten über den Rahmen der von der Gewinnbeteiligung erfaßten Personen hinausgehen.

Für 151 Fälle von Gewinnbeteiligung liegen Angaben vor, nach denen 1920 insgesamt 109 580 Angestellte einen Anspruch auf Gewinnanteil hatten. In 32 Fällen mit 29 207 Beschäftigten

konnte ein Gewinn überhaupt nicht erzielt werden. Die zur Ausschüttung gelangten Gewinnanteile beliefen sich auf über 1 Mill. Pfd. St. oder 9 Pfd. St. 17 Sh. 11 P. je Beteiligter oder 6,3 Prozent des durchschnittlichen Gehalts. Im Vorjahre hatten 116 berichtende Betriebe durchschnittlich auf den beteiligten Angestellten 4 Pfd. St. 18 Sh. 10 D. verteilen können und damit deren Durchschnittslohn um 4,9 Prozent erhöht.

Schutz der Frauen und Jugendlichen in Polen. Der Minister für Arbeit und soziale Wohlfahrt macht einen Gesetzentwurf bekannt, der die Beschäftigung der Frauen und Kinder regeln soll. Ihre Arbeit soll verboten werden, soweit sie ihre körperliche Kraft übersteigt, gefährlich oder ungesund ist. Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren fallen unter die Bestimmungen dieses Entwurfes. Die Beschäftigung von Kindern unter diesem Alter ist völlig verboten, desgleichen die Verwendung von Frauen bei Untertagarbeiten in Bergwerken. Schwangere Arbeiterinnen, die während der letzten sechs Wochen vor der Niederkunft ihre Arbeit verlassen und einen entsprechenden ärztlichen Ausweis vorweisen, können während ihrer Abwesenheit nicht entlassen werden. Auch darf sie ihr Arbeitgeber während sechs Wochen nach der Entbindung nicht beschäftigen. Nach dem Krankenversicherungsgesetz vom 19. Mai 1920 steht solchen Frauen eine Unterstützung in der Höhe des Wochenlohnes für insgesamt acht Wochen zu. Wenn die Frau nach Ablauf dieser Zeit noch arbeitsunfähig ist, erhält sie 60 Prozent ihres Lohnes weiter ausgezahlt.

Der genannte Gesetzentwurf sieht auch vor, daß Betriebe, in denen mehr als 100 Arbeiterinnen beschäftigt sind, für sie besondere Vadeinrichtungen und einen Stillraum herrichten. — Zur Zeit unterliegt der Gesetzentwurf der Prüfung durch den Landtag.

Amtlicher Teil.

Quittung

Über die eingesandten Beträge für die Verbands- und Organkasse pro III. Quartal 1921.

Bildhauer: Hauptkasse Mk. 88,00. **Fabrik- und Handarbeiter:** Hauptkasse 8214,48. **Frauen und Mädchen:** Hauptkasse 319,00. **Solgarbeiter:** Hauptkasse 1000,00. **Konditoren:** Hauptkasse 232,80. **Lebendarbeiter:** Hauptkasse 959,00. **Maler, Lackierer etc.:** Hauptkasse 270,00. **Metallarbeiter:** Hauptkasse 25 010,43, Hilchenbach 7,50. **Schneider:** Hauptkasse 1233,31. **Textilarbeiter:** Hauptkasse 1566,50. **Bund der Fleischergejellen:** Hauptkasse 954,00. **Verband der Parteibeamten:** Hauptkasse 64,50. **Verband d. Straßenbahner:** Leipzig 150,00. **Brauer:** Berlin 240,30, Dessau 10,20, Halle 28,80, Jena 4,35, Löbau 1,44. **Maschinisten:** Hamburg 5,55. **Summa Mark 40 560,16.**

Berlin, im Oktober 1921.

R. Klein, Verbandskassierer.

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Hamburg (Verband d. Schiffsahrtsangestellten). Büro: Hamburg 3, Mühlenstr. 5.